

Anfragen zum Plenum in der 11. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mittel hat sie im Zuge des dritten Jahrestages zum Startschuss der Behördenverlagerungen in Bayern für Marketingmaßnahmen (Zeitungsannoncen, Broschüren etc.) ausgegeben, wie viele Mittel wurden für die Durchführung öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen wie beispielsweise „Tage der offenen Tür“ veranschlagt und welchen Nutzen verspricht sich die Staatsregierung von den Anzeigen und Veranstaltungen?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Angesichts der unhaltbaren Situation, dass der Netzausbau für schnelles Internet in Bayern auch deshalb so schleppend vorangeht, weil die Netzanbieter für den Netzausbau in vielen Gebieten gar keine Angebote mehr abgeben oder nur zu sprunghaft steigenden Kosten und langen Ausbauzeiten von rund vier Jahren, frage ich die Staatsregierung, ob sie mit der Ausbaugeschwindigkeit zufrieden ist, welche Maßnahmen sie unternimmt in dem Falle, dass sie nicht zufrieden ist und was sie davon hält, mindestens in Gebieten, in denen die Netzanbieter keine oder keine akzeptablen Angebote zum Ausbau abgeben, mit einer eigenen öffentlichen Gesellschaft tätig zu werden?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist das von den Berufsfachschulen für Sozialpflege in Bayern durchschnittlich erhobene Schulgeld je Schülerin bzw. Schüler und welche Maßnahmen will die Staatsregierung dahingehend ergreifen, damit in Zukunft auf die Erhebung von Schulgeld in diesen Schulen verzichtet werden kann?

**Prof. (Univ. Lima) Dr.
Peter Bauer**
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, darf auf der Mülldeponie Cronheim, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen, jetzt auch Gewerbemüll bzw. Bodenaushub z. B. von Stuttgart 21 eingebracht werden, ist sichergestellt, dass die Belastung des Bodenaushubs kontrolliert bzw. dokumentiert wird und welche genauen Verunreinigungen des Grundwassers sind bereits heute bekannt?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Fördertöpfe (Haushaltstitel) unterstützen Kommunen bei Umbaumaßnahmen (Umkleideräume, Sanitäranlagen etc.) von Feuerwehrhäusern,

damit auch Frauen Feuerwehrdienst leisten können, aus welchen Fördertöpfen (Haushaltstitel) werden dringend notwendige energetische Sanierungen und Umbauarbeiten (Dachausbau für Feuerwehrschulungsraum) von Dorfhäusern (Gemeinschaftshäusern der Vereine) bezuschusst und unter welchen konkreten Kriterien?

Florian von Brunn
(SPD)

Nach dem Urteil des Landgerichts München I vom 06.12.2017 zur Umsetzung der Mietpreislösung in Bayern, frage ich die Staatsregierung, wie sie die Umsetzung der sog. Mietpreislösung in Bayern derzeit politisch und rechtlich beurteilt, ob sie der Auffassung ist, dass die Verordnung mit der zwischenzeitlich angepassten Begründung rechtskräftig angewendet werden kann, und falls nein, wann genau sie eine rechtskräftige Verordnung erlassen will?

Kerstin Celina
(GRU)

Nachdem das Landratsamt Kitzingen dem Neubau eines Hotels am Mainufer im Hochwasserbereich in Volkach mit dem Vorbescheid vom 26.09.2017 zugestimmt hat, frage ich die Staatsregierung, auf welches Grundstück bzw. Grundstücke sich der Bauantrag, der Beschluss des Stadtrats Volkach am 18.09.2017 und der Vorbescheid beziehen (bitte mit Angabe der Flurnummern), ob die ausgewiesene Fläche für den Hotelbau unter Einbeziehung aller bestehenden Bauvorschriften, z. B. Abstandsflächen, Ausgleichsflächen für Hochwasser und Naturschutz, Parkplätzen und Zugangswegen, ausreichend ist und ob all diese Flächen auf der Volkacher Gemarkung bereitgestellt werden müssen?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist der innerörtliche Ziel- und Quellverkehr in Stadtprozelten (bitte in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen, unter Angabe der jeweiligen Zählstelle und der Zählzeiten), der im September 2016 durch das Staatliche Bauamt Aschaffenburg im Rahmen einer Verkehrsbefragung ermittelt wurde und welche Ergebnisse brachte eine diesbezügliche Verkehrskonferenz im Südspessart im Hinblick auf die Verkehrsströme in Stadtprozelten?

Martin Güll
(SPD)

Da auch nach Jahren der Vorplanung, einen Ersatzbau für das marode Polizeidienstgebäude am John-F.-Kennedy-Platz neben der Bereitschaftspolizei auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei Dachau zu errichten, im Bauamt der Großen Kreisstadt Dachau immer noch kein Bauantrag des Staatlichen Bauamts Freising eingegangen ist, frage ich die Staatsregierung, wann endlich mit dem Bauantrag konkret gerechnet werden kann, welche Schwierigkeiten dem Bauvorhaben ggf. noch entgegenstehen (etwa die Belange von Naturschutz, Denkmalschutz, Altlasten, Verkehr und Immissionsschutz) und wann die erforderlichen Mittel im Staatshaushalt eingestellt werden?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ist es richtig, dass bayerische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Vergleich zu anderen Bundesländern wesentlich schlechter verdienen (falls bekannt, bitte Auflistung der anderen Bundesländer), ist daran gedacht die Besoldungsstruktur grundsätzlich anzupassen (beispielsweise an die Einstufungen in Baden-Württemberg und speziell für die Grö-

Benklasse bis 10.000 Einwohner) und wenn ja, wie ist diese vorgesehen?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass am 30.01.2018 aus einer Schulklasse des Blindeninstituts Rückersdorf eine Schülerin abgeschoben wurde (die Gründe bitte benennen), warum sieht die Staatsregierung von Abschiebungen von Menschen mit Behinderung und aus Schulklassen nicht ab?

Günther Knoblauch
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen wurden unter Berücksichtigung von Art. 14 Abs. 2 und Abs. 3 des Grundgesetzes (GG) bis heute keine ausreichenden Rechtsmittel seitens des staatlichen Bauamts Traunstein für den Flächenerwerb eingesetzt, um einen Ausbau des Teilstücks zwischen den Weilern Moos und Knappen der B 20 samt begleitendem Fahrradweg zu ermöglichen, wie bewertet die Staatsregierung die in Art. 14 GG geforderte Abwägung zwischen Privat- und Allgemeinwohl, d. h. Grundstückseigentümer versus Sicherheit der Staatsbürgerinnen und -bürger und positive Implikationen entwickelter Fahrrad- und Straßeninfrastruktur, unter Berücksichtigung des Faktors potenzieller allgemeiner Belastung des Fiskus, beispielsweise durch Grundstückskauf oder Enteignungsklage in dieser Causa und inwiefern unterscheidet sich die Zahl von Unfällen mit Personenschaden auf diesem Teilstück prozentual verglichen mit der durchschnittlichen Zahl von Unfällen auf anderen Bundesstraßen in Bayern – auf einem auf Meterlänge gerundeten Abschnitt gleicher Länge im selben Zeitraum der vergangenen Jahren?

Nikolaus Kraus
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche kurz- bzw. langfristigen Maßnahmen plant sie bezüglich des dritten in Bayern nachgewiesenen Wolfspaares?

Ulrich Leiner
(GRU)

Nachdem zwei Drittel der pflegebedürftigen Bürgerinnen und Bürger im häuslichen Umfeld gepflegt werden und in Bayern Kurzzeitpflegeplätze seit Jahren abgebaut werden, frage ich die Staatsregierung, beabsichtigt sie das Vorhalten von Kurzzeitpflegeplätzen zu fördern, wenn ja in welcher Form und auf welcher Rechtsgrundlage?

Dr. Christian Magerl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand bei der Novellierung der Naturschutzwacht-Verordnung (insbesondere in Bezug auf die Themenbereiche betreffend „Fahrtkosten“ siehe Frage 5 und betreffend den „neuen Dienstaussweis“ siehe Frage 7 auf der Drs. 17/18062), was sind die Ergebnisse der Gespräche mit der Arbeitsgemeinschaft der Angehörigen der Naturschutzwacht in Bayern e. V. (AGNA) bezüglich weiterer Möglichkeiten zur Bestellung von kostenfreier bzw. kostengünstiger Dienstkleidung und hat die Staatsregierung Kenntnis darüber, inwieweit die Bitte der Staatsregierung an die Landratsämter, die Aufwandsentschädigung mit den benachbarten Behörden abzustimmen und sich bei der Bemessung der Aufwandsentschädigung möglichst an der in der Bekanntmachung festgelegten Obergrenze zu orientieren, zu Veränderung bei der Aufwandsentschädigung geführt hat?

Peter Meyer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schulen in Bayern nutzen angesichts der Tatsache, dass im Zuge der Digitalisierung beispielsweise auch Lernen mit interaktiven Videotutorials in den Klassenzimmern zunehmend an Bedeutung gewinnt, einen Internetzugang mit einer Bandbreite von mehr als 50 Mbit/s, wie viele nutzen einen mit einer Bandbreite von mehr als 100 Mbit/s (bitte für beide Bandbreitenklassen aufgeschlüsselt nach Schularten und Regierungsbezirken und jeweils in absoluten Zahlen und als prozentualen Anteil an der Gesamtzahl angeben) und welche konkrete Bandbreite nutzen die Modell- und Netzwerkschulen des Modellversuchs „Digitale Schule 2020“?

Jürgen Mistol
(GRU)

Nachdem die Bundesregierung nach der Übernahme des britischen Funkgeräteproduzenten Sepura Sicherheitsbedenken hinsichtlich der Anschaffung von Digitalfunkgeräten angemeldet hat, frage ich die Staatsregierung, ob auch im Freistaat Bayern Endgeräte des Herstellers Sepura angekauft wurden, in welchem Umfang die Blaulichtorganisationen dadurch gegebenenfalls von einem Nutzungsstopp betroffen sind und ob bereits angeschaffte Geräte nun ausgetauscht werden müssen?

Thomas Mütze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie verhindert sie einen „Flecken-teppich“ an unterschiedlichen Genehmigungen von verkaufsoffenen Sonntagen in Bayern und damit einen unfairen Wettbewerb zwischen den Gemeinden nach den Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts vom 11.11.2015 und des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 24.05.2017 (Az. N 17.527), in denen die Anforderungen an Dauerverordnungen zur Einrichtung von verkaufsoffenen Sonntagen verschärft wurden, wird es vonseiten der Staatsregierung in absehbarer Zeit eine Handreichung für alle Kommunen in Bayern dazu geben und warum genehmigen momentan die Bezirksregierungen in einigen Kommunen verkaufsoffene Sonntage, während sie in anderen z. B. der Stadt Aschaffenburg darauf drängen die Dauerverordnungen aufzuheben?

Verena Osgyan
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Open Access-Strategie sie derzeit im Wissenschaftsbereich verfolgt, mit welchen Programmen Bestrebungen zur Förderung des Open Access-Gedankens an bayerischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen unterstützt werden und in welchen Zielvereinbarungen das Thema Open Access bisher Erwähnung findet?

Kathi Petersen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, plant sie eine Reduzierung der Betreuung der praktischen Ausbildung an den Berufsfachschulen für Krankenpflege von 1,3 Lehrer-Wochenstunden auf 0,6 Lehrer-Wochenstunden, wenn ja mit welcher Begründung, und welche Verbindlichkeit hat das Formblatt 3.23 des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst für die betroffenen Berufsfachschulen?

Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die Möglichkeit von Online-Wahlen für verschiedene Hochschulwahlen, insbesondere hinsichtlich der Kosten, einer Erleichterung des Wahlver-

fahrens, möglicher Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung, der Barrierefreiheit des Wählens und der Sensibilisierung junger Menschen für demokratische Prozesse, wie beurteilt die Staatsregierung die derzeitige Rechtslage bezüglich Online-Wahlen an Hochschulen in Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern und für welchen Zeitpunkt ist die Realisierung von Online-Wahlen für die Wahl der studentischen Vertreter in Hochschulgremien konkret geplant?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich in Bayern seit 2009 die Zahl der Unfälle und Straftaten im Bereich der Sprengstoffkriminalität entwickelt (bitte nach Jahren, Delikten und deren Motivation aufschlüsseln), bei denen die Rezepturen zur Herstellung des Explosivstoffes dem Internet entnommen wurden, welche Verletzungen bzw. Sachschäden sind dabei entstanden (bitte nach Jahren und Sachverhalten aufschlüsseln), welche konkrete Maßnahmen ergreift der Freistaat Bayern, um gefährlichen Sprengstoffbauanleitungen im Internet und deren Umsetzung zu begegnen?

Florian Ritter
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, auf welchen Ebenen arbeiten bayrische Sicherheitsbehörden mit dem österreichischen Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) zusammen, bis zu welcher Einstufung können die dabei ausgetauschten Informationen reichen und wurden Informationen zur Identitären Bewegung und beobachteten Burschenschaften mit dem BVT ausgetauscht?

Dr. Martin Runge
(GRU)

Soll nach Ansicht der Staatsregierung bei Gestatteten bzw. Geduldeten bei der Erteilung der Ausbildungsgenehmigungen entweder zusammen mit dem durch die Berufsintegrationsklasse erworbenen Mittelschulabschluss die B1-Zertifizierung automatisch testiert werden oder im Rahmen des Unterrichts die Möglichkeit bestehen, diese Prüfung zusätzlich abzulegen, da dies die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in den Ausländerbehörden beträchtlich entlastet und sie nicht mehr entscheiden müssen, ob die Deutschkenntnisse für eine Ausbildung ausreichend sind?

Gisela Sengl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wird im Rahmen von Cross-Compliance-Kontrollen im Ackerbau das Vorhandensein von Gelbschalen zur Ermittlung des Schädlingsbefalls kontrolliert, da ja zur „guten fachlichen Praxis“ gemäß Pflanzenschutzgesetz vor der Bekämpfung von Schädlingen festzustellen ist, wie hoch der Befall ist und ob dieser bekämpfungswürdig ist, wenn ja, ob ein Fehlen beanstandet wird und welche Konsequenzen sich daraus ergeben?

Kathrin Sonnenholzner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird bei der Umsetzung der generalistischen Pflegeausbildung sichergestellt, dass die vorhandenen Ausbildungsplätze in Kranken- und Altenpflege auch in der Zukunft erhalten werden und dass kleine Träger geeignete Kooperationspartner finden und welche Möglichkeiten zur Information haben die Träger?

Claudia Stamm
(fraktionlos)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anzeigen gab es wegen Gewährung eines Kirchenasyls zwischen 1980 und 2015 und wie viele gibt es seit 2015 (wenn möglich, bitte regional aufschlüsseln)?

Florian Streibl
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Beförderungen gab es seit dem 01.01.2011 bis einschließlich 31.12.2017 aus den einzelnen Besoldungsgruppen der Besoldungsordnungen A und B (bitte aufgeschlüsselt nach den einzelnen Staatsministerien sowie den nachgeordneten Einrichtungen, dem Alter der jeweils Beförderten sowie der Aufteilung nach Geschlecht)?

Reinhold Strobl
(SPD)

Bezugnehmend auf die Antwort des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Ruth Müller betreffend „Fachberater Erosionsschutz und Wasserrückhaltung an den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Bayern“ (Drs. 17/16663) mit den Aussagen: „...Im Zeitraum 2010 – 2016 waren bayernweit im Durchschnitt insgesamt 18 Wasserberater tätig...“, „Im Laufe des Jahres 2017 ist eine Verdoppelung der Anzahl der Wasserberater vorgesehen...“. „Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat deshalb im Rahmen des Wasserpaktes ein Maßnahmenpaket geschnürt, das u. a. auch eine Verdoppelung der Wasserberater ab dem Jahr 2017 umfasst...“ und angesichts der Antwort des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auf die Anfrage zum Plenum (Drs. 17/19092, S. 50) der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer vom 16.11.2017, wonach zusätzlich 26 Vollarbeitskräfte Wasserberater in den letzten Jahren eingestellt wurden, frage ich die Staatsregierung, wie viele Wasserberater an den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) derzeit tatsächlich beschäftigt sind (bitte aufgeteilt nach Bezirken und deren AELF)?

Martin Stümpfig
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen sind pro weiterführender Schule bzw. Berufsschule für die Verbesserung der schulischen Systembetreuung an den weiterführenden Schulen einschließlich Berufsschulen geplant, ist der Einsatz externer Systembetreuer die keine Lehrkräfte sind, wie im Paket BAYERN DIGITAL beschrieben, vorgesehen und ab wann können Schulen mit der Unterstützung durch Systembetreuer rechnen?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie – vor dem Hintergrund, dass bei der Prüfung der Verfassungstreue im Rahmen einer für den jeweiligen Einzelfall angestellten Eignungsprüfung durch die Einstellungsbehörde zu entscheiden ist und nach höchstrichterlicher Rechtsprechung die Gewinnung eines persönlichen Eindrucks eine herausgestellte Bedeutung hat – die Tatsache, dass im Fall des Herrn Benedikt G. (vgl. Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 10.03.2018) im Zuge der Prüfung zur Zulassung zum Vorbereitungsdienst und Ernennung zum Lehramtsanwärter an Mittelschulen die Regierung von Oberbayern als zuständige Einstellungsbehörde nach der persönlichen Anhörung am 11.01.2018 zu einem positiven Eindruck kam und eine Einstellung des Herrn G. befürwortete, wieso wurde dem späteren ablehnenden Bescheid der Regierung von Oberbayern ein Einspruch des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissen-

schaft und Kunst (StMBW) zugrunde gelegt, in dem das StMBW lediglich nach Aktenlage Bedenken gegen die Verfassungstreue des Bewerbers äußerte und wie häufig kommt es vor, dass sich das StMBW nach einer positiven Überprüfung durch die eigentlich zuständige Einstellungsbehörde einschaltet ohne einen persönlichen Eindruck der Bewerberin bzw. des Bewerbers?

Angelika Weikert
(SPD)

Bezugnehmend auf die Äußerungen des Staatsministers der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat Dr. Markus Söder in einem Zeitungsinterview („Nürnberger Zeitung“ vom 05.03.2018), dass er es absurd findet, wenn durch den Familiennachzug plötzlich zwei Ehefrauen nach Deutschland kommen, frage ich die Staatsregierung, unter welchen Umständen zwei Ehefrauen im Rahmen des Familiennachzugs zu anerkannten Flüchtlingen nachzugsberechtigt sind, in wie vielen Fälle in Bayern seit 2015 zwei Ehefrauen aus dem Ausland zu anerkannten Flüchtlingen im Rahmen des Familiennachzugs nachgezogen sind und ob die Staatsregierung Polygamie, wenn sie von Christinnen und Christen praktiziert wird, mit der christlich abendländischen Prägung unseres Landes für vereinbar hält?

Herbert Woerlein
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist der aktuelle Fischotterbestand in Bayern (bitte aufschlüsseln nach Landkreisen und dortigen Gewässern), wie wird der günstige Erhaltungszustand (der Fischotter steht in Anhang IV der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) für den Fischotter definiert und welche Maßnahmen werden ergriffen, um den günstigen Erhaltungszustand des Fischotters zu erreichen bzw. zu erhalten?

Isabell Zacharias
(SPD)

Nachdem im Sommer 2018 die Bahnstrecke zwischen Freising und München saniert wird und viele Pendlerinnen und Pendler aufgrund des nicht ausreichend leistungsfähigen Schienenersatzverkehrs auf das private Kraftfahrzeug ausweichen werden, frage ich die Staatsregierung, wie genau der zeitliche Ablauf der Fahrbahnerneuerung auf der A 92 zwischen den Anschlussstellen Moosburg-Nord und Moosburg-Süd aussehen wird, ob sichergestellt ist, dass die Sanierungsarbeiten auf der Autobahn nicht mit den Sanierungsarbeiten auf der Bahnstrecke zusammenfallen und ob ausgeschlossen werden kann, dass die für das Jahr 2019 geplanten Sanierungsarbeiten auf der A 92 im Raum Freising nicht schon im Sommer 2018 durchgeführt werden?

Benno Zierer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wurden von den Herstellern der am Flughafen München verwendeten Sprengstoffsuchgeräte der Typen Quantum Sniffer und Itemiser Schadenersatzforderungen gegen den Freistaat Bayern (zum Beispiel das Luftamt Südbayern als Leasingnehmer der Geräte) geltend gemacht, nachdem diese Geräte im Zusammenhang mit gehäuft auftretenden Krankheitsfällen bei Beschäftigten der Sicherheitsgesellschaft am Flughafen München ab August 2015 vorübergehend außer Betrieb genommen worden waren, wenn ja, in welcher Höhe wurden Forderungen erhoben und konnten diese durchgesetzt werden?